

IWH-Konjunkturprognose: Investitionszurückhaltung bremst Anspringen der Inlandsnachfrage in Deutschland

Das Statistische Bundesamt hat seine ersten Berechnungen zum Bruttoinlandsprodukt und zu seinen Komponenten für das zweite Quartal 2004 vorgelegt und die bisherigen Ergebnisse für die zurückliegenden Vierteljahre überarbeitet – Anlass für eine Überprüfung der Konjunkturprognose des IWH. Laut amtlicher Neuberechnung für die ersten drei Monate des Jahres fiel die konjunkturelle Spaltung zwischen Auslands- und Inlandsnachfrage in Deutschland noch deutlicher aus als ursprünglich gemeldet, und diese Schere hat sich in den Monaten April bis Juni nicht verringert. Die Anpassung der Prognosewerte für das zweite Halbjahr, die dominiert wird von einer Aufwärtskorrektur des außenwirtschaftlichen Beitrags zur gesamtwirtschaftlichen Produktion, hat eine Erhöhung der Wachstumsprognose des Bruttoinlandsprodukts für dieses Jahr von 1,8% auf 2% zur Folge.

Im Zuge der Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Aufschwungs wird der konjunkturelle Impuls aus dem Ausland im weiteren Verlauf dieses und des nächsten Jahres an Stärke verlieren. Dafür gewinnt die Inlandsnachfrage wieder etwas an Schwung. Voraussetzung ist, dass die Unternehmen ihre Investitionszurückhaltung aufgeben und die über die Außenwirtschaft erzielten Gewinne in den Wirtschaftskreislauf zurückführen. Das Bruttoinlandsprodukt wird 2005 um 1,8% höher als in diesem Jahr sein. Ohne Arbeitstageeffekt ergibt sich infolge des – wenn auch nur zögerlichen – Übergreifens der Konjunktur auf die Binnennachfrage ein Anstieg um 2%, nach 1,5% in diesem Jahr.

Aufschwung in der Weltwirtschaft setzt sich verlangsamt fort

In den Sommermonaten hat der kräftige weltwirtschaftliche Aufschwung etwas an Dynamik verloren. Die gedrückte Entwicklung der wichtigsten Aktienindizes sowie der langfristigen Zinsen in den USA und in Europa spricht für bestehende Skepsis der Finanzmärkte gegenüber der konjunkturellen Entwicklung. Die leicht getrübbte Stimmung ist vor allem auf die Notierungen für Rohöl, die zeitweise deutlich über 40 US-Dollar (Sorte Brent) lagen, zurückzuführen. Die Märkte rechnen für die nächsten Monate nur mit einem geringen Rückgang der Preise.

Schon im Sommer hat die Produktion in den großen Wachstumszentren der Weltwirtschaft nur

noch verlangsamt zugenommen: In China haben administrative Maßnahmen die Expansion der Industrieproduktion erheblich gedämpft; die Zügelung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage war dort politisch gewollt. Aber auch in Japan hat sich – will man den vorläufigen Berechnungen glauben – eine überraschende und deutliche Abschwächung des Aufschwungs im zweiten Quartal gezeigt.

Die Expansion der US-Wirtschaft hat sich im Sommer merklich verlangsamt, besonders aufgrund der schwachen Konsumnachfrage. Dabei spielten Realeinkommensverluste durch den höheren Ölpreis eine Rolle; auch liefen fiskalische Impulse aus. Darüber hinaus kam es nicht zu einer deutlichen Belebung am Arbeitsmarkt. Das auch für die Zukunft erwartete vorsichtigeres Ausgabeverhalten der amerikanischen Verbraucher kann dagegen als Normalisierung verstanden werden, die durch den Ölpreisanstieg lediglich beschleunigt wurde. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird sich die Beschäftigungssituation jedoch wieder verbessern, und die Investitionen werden ihren Aufwärtstrend fortsetzen. Somit wird der Aufschwung in den USA kein abruptes Ende finden.

Die Chancen für eine – freilich bedächtigere – Fortsetzung der weltwirtschaftlichen Expansion stehen gut: die Wachstumskräfte in China sind unvermindert stark und eine Vielzahl von Schwellenländern profitiert von den hohen Rohstoffpreisen. Die geldpolitischen Rahmenbedingungen sind weiterhin sehr günstig. Hinzu kommt, dass die Konjunktur im Euroraum, dem bisherigen Nachzügler der Weltkonjunktur, im Laufe des Jahres noch an Fahrt gewinnt. Hier regt die lebhaftere Nachfrage in der Welt die Exportwirtschaft an. Allerdings bleibt die europäische Konjunktur von der schwachen Binnennachfrage, besonders in Deutschland, belastet.

Impulse aus dem Ausland treiben Produktion in Deutschland an

In dem günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld erhöhten sich die deutschen Ausfuhren in den zurückliegenden Monaten kräftig. Die Warenlieferungen stiegen vor allem in die Wachstumszentren der Welt mit zweistelligen Zuwachsraten und folgten der dort hohen Nachfrage nach Investitionsgütern. Der Kostendruck durch die gestiegenen Preise für Mineralöl und andere Rohstoffe tat dem

keinen Abbruch. Nicht zuletzt wegen der verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter werden die Exporte auch in den nächsten Monaten zulegen.

Tabelle:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2004 und 2005

	2003	2004	2005
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	0,0	0,0	1,0
Staatskonsum	0,1	-0,1	0,3
Anlageinvestitionen	-2,2	-0,5	2,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,9	0,4	5,6
Bauten	-3,2	-1,2	-0,6
Inländische Verwendung	0,5	0,1	1,3
Exporte	1,8	11,2	7,1
Importe	4,0	6,9	6,7
Bruttoinlandsprodukt	-0,1	2,0	1,8
Nachrichtlich: USA	3,0	4,3	3,2
Euroraum	0,5	1,7	2,1
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Tariflöhne je Stunde	2,0	1,6	1,8
Effektivlöhne je Stunde	1,2	1,1	1,5
Lohnstückkosten ^a	1,0	-0,9	0,1
Verbraucherpreisindex	1,1	1,6	1,5
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 314	38 221	38 412
Arbeitslose ^c	4 376	4 347	4 304
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	10,3	10,2	10,1
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,8	-3,9	-3,7

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 7. 9. 2004).

Mit den deutschen Exporten erhöhten sich zwar auch die Einkäufe von Vorleistungen im Ausland. Insgesamt blieben aber die Importe wegen der anhaltenden Stagnation der Binnennachfrage in Deutschland weit hinter der Entwicklung der Ausfuhren zurück, sodass der Außenbeitrag im ersten Halbjahr auf Rekordniveau schoss. Zwar dürften mit dem nachlassenden Wachstumstempo in den Zentren der Weltwirtschaft auch die deutschen Exporte an Dy-

namik verlieren, in diesem Jahr wird der Außenbeitrag aber seine Aufwärtsbewegung fortsetzen.

Die anhaltend hohen Exportzuwächse haben bislang nicht – wie in früheren wirtschaftlichen Erholungsphasen üblich – die Binnenkonjunktur und hier in erster Linie die Investitionstätigkeit angeregt. Im Gegenteil, die im zweiten Halbjahr 2003 durch die Finanzpolitik ausgelösten Vorzieheffekte haben in den ersten Monaten des laufenden Jahres zu Entzugseffekten geführt, die in den folgenden Monaten bis zur Jahresmitte nicht wieder aufgeholt worden sind. An den Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen hat dies nicht gelegen, zumal deren Gewinne durch die außergewöhnlichen Exporterfolge einen deutlichen Schub erhalten haben. Sie sind zu einem großen Teil zur Schuldentilgung verwendet worden. Zudem wurde die Eigenkapitalbasis gestärkt, sodass die Unternehmen Neuinvestitionen in Deutschland zugunsten des Haltens liquider Geldvermögensformen weitgehend unterließen. Dafür sprechen sowohl der drastische Anstieg der Innenfinanzierungsquote der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften als auch deren Übergang in den Status von Netto-Sparern. Nicht zuletzt fehlten angesichts der lange gedämpften Konjunkturerwartungen und nicht ausgelasteter Kapazitäten auch wichtige Investitionsmotive. Unterstützt von den immer noch niedrigen Kapitalmarktzinsen wird sich jedoch die Investitionsneigung im weiteren Jahresverlauf nach dem Auslaufen der Entzugseffekte festigen.

Die Bauinvestitionen sind wieder deutlich gesunken. Die Impulse von der Beseitigung der Flutschäden haben nachgelassen, und der gewerbliche Bau ist der allgemein geringen Investitionsneigung gefolgt. Im Wohnungsbau blieben die Vorzieheffekte infolge der Kürzung der Eigenheimzulage bislang unter den Erwartungen, und der Staat hält sich mit Investitionsausgaben wegen der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte zurück.

Ergänzen die Investitionen den Exportimpuls nicht, entsteht kaum mehr Beschäftigung, die letztlich zu steigenden Konsumausgaben führen würde. So hat in diesem Jahr das Ausbleiben der Erholung am Arbeitsmarkt die Stagnation des privaten Konsums zur Folge. Zudem entwickeln sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte schwach. Den Steuererleichterungen zu Jahresbeginn stehen Mehrbelastungen durch die Gesundheitsreform und ein energiegetriebener Preisanstieg gegenüber. Die Sparquote steigt mit der zunehmenden Bedeutung der privaten Altersvorsorge weiter leicht an.

Insgesamt löst sich die Stagnation der Inlandsnachfrage zwar auf, dürfte aber im nächsten Jahr, wenn auch nur zögerlich, überwunden werden. Der private Konsum erhält erneut zu Jahresbeginn einen Impuls von den Steuerentlastungen. Infolge des langsamen Beschäftigungsaufbaus werden sich die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte aufhellen. Auch die Ausrüstungsinvestitionen werden bei zunehmenden Kapazitätsengpässen anziehen. Der Rückgang der Bauinvestitionen wird sich im Zusammenhang mit einer allmählichen Stabilisierung des gewerblichen und des öffentlichen Baus verringern.

Im Jahr 2005 schwächt sich der Preisauftrieb – nach vorübergehendem Anstieg in diesem Jahr – vor allem aufgrund des wieder nachgebenden Ölpreises und der geringeren Dynamik der administrierten Preise leicht ab.

Die schwache konjunkturelle Erholung wird bis 2005 den Beschäftigungstrend bestimmen. Bevor es zu Neueinstellungen kommt, werden die aufgrund der flexiblen Arbeitszeitregelungen angesammelten Arbeitsstunden abgeleistet. Die Arbeitslosigkeit wird im Schnitt sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr die 4,3-Millionen-Marke überschreiten. Im Jahr 2005 werden die Arbeitsmarktreformen die Aufnahme von Beschäftigung in der Tendenz zwar stimulieren, die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland wird dadurch aber nicht entscheidend verringert. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II wird zu Beginn des Jahres 2005 vorübergehend die Zahl der registrierten Arbeitslosen ansteigen lassen; der ökonomisch verstärkte Druck auf die Suche eines Arbeitsplatzes dürfte dem aber entgegenwirken. Eine Aussage über die entsprechenden Größenverhältnisse ist jedoch derzeit mit großen Unsicherheiten behaftet.

Die Finanzpolitik lässt nach wie vor kein geschlossenes Konzept erkennen. Das Defizit des öffentlichen Sektors wird in diesem Jahr bei 3,9% des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Neben strukturellen Ursachen wirkt die dreijährige Staginationsphase und die hohe Sockelarbeitslosigkeit in der Entwicklung der öffentlichen Haushalte nach. Hinzu kommt, dass die wirtschaftliche Belebung im Jahr 2004 vom Export ausgeht. Anders als ein binnenwirtschaftlich getragener ist ein exportgetriebener Aufschwung mit einem geringeren Anstieg der Steuereinnahmen verbunden. Alles in allem sollte die Defizitentwicklung im laufenden Jahr aus konjunkturellen Gründen hingenommen werden.

Allerdings werden nach dieser Prognose die im europäischen Kontext eingegangenen Verpflichtungen auch im kommenden Jahr nicht eingehalten, und die Defizitquote wird bei 3,7% liegen. Zwar ziehen die Einnahmen, vor allem bei den Gebietskörperschaften, wieder leicht an, aber auch die Ausgaben werden zunehmen. Ein strikter Ausgabenpfad, an den sich alle Ebenen halten müssen, wäre die dem Defizitziel überlegenere Konsolidierungsstrategie.

Die EZB steht in zunehmendem Maße vor dem Problem, die tatsächlichen Risiken für die Preisniveaustabilität im Euroraum angemessen bei ihren Zinsentscheidungen zu berücksichtigen. Soweit die Zunahme der Inflationsrate – bedingt durch den Anstieg des Ölpreises – lediglich vorübergehend ist und sich konjunkturelle Verspannungen im Euroraum nicht abzeichnen, sollte die EZB die Leitzinsen nicht erhöhen. Jedoch wären graduelle Zins-schritte angemessen, wenn die Inflationserwartungen der Finanzmärkte deutlich über der 2%-Marke verharrten und somit einen negativen kurzfristigen Realzins implizierten.

*Arbeitskreis Konjunktur
(Udo.Ludwig@iwh-halle.de)*

Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes stärkt Anpassung der Industriebetriebe an Geschäftsschwankungen

– ein empirischer Ost-West-Vergleich anhand des IAB-Betriebspanels –

An regionale und überregionale Nachfrageschwankungen passen sich die Industriebetriebe mit neuen und alten Handlungsweisen an. Während die produktionstechnischen Voraussetzungen für die betriebliche Flexibilität im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe etwas schwächer ausgeprägt sind,

unterscheidet sich der Anteil „standardisierter“ und flexibler Beschäftigungsverhältnissen zwischen den Industriebetrieben in Ost und West kaum. Größere Unterschiede können hier eher zwischen verschiedenen Betriebsgrößen und Ertragstypen ausgemacht werden. So heben sich insbesondere